



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 12.10.2017**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:30 Uhr bis 19:32 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

| | |
|---|---|
| Ute Haupt Harald Bartl | Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Vertreter für Herrn Schachtschneider |
| Bernhard Bönisch Ulrich Peinhardt | CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme bis 18:12 Uhr |
| Dr. Hans-Dieter Wöllenweber Marcel Kieslich Annika Seidel-Jähmig | CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Vertreterin für Herrn Rothe |
| Kay Senius | SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Teilnahme bis 19:19 Uhr |
| Dr. Inés Brock | Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Vertreterin für Herrn Helmich |
| Dr. Regina Schöps Dr. Tarek Ali Manfred Czock Norwin Dorn Igor Matviyets Satenik Roth Jan Röttschke | Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM Sachkundiger Einwohner Sachkundiger Einwohner Seniorenrat Sachkundiger Einwohner Sachkundiger Einwohner Sachkundiger Einwohner, Teilnahme bis 17:21 Uhr |
| Helga Schubert Susanne Willers | Sachkundige Einwohnerin Sachkundige Einwohnerin |

Verwaltung

| | |
|---|---|
| Uwe Stäglin Jörg Baus Dr. Christine Gröger Goswin van Rissenbeck Susanne Wildner Heike Schaarschmidt Annerose Winter Andreas Kraft Sylvia Eggert-Mauer Jenny Falke | Beigeordneter (stellv. für Frau Brederlow) Fachbereichsleiter Soziales Fachbereichsleiterin Gesundheit Leiter EigenBetrieb für Arbeitsförderung Gleichstellungsbeauftragte Referentin Geschäftsbereich IV Abteilungsleiterin Soziale Hilfen Kordinator Frühe Hilfen Fachberaterin Kindertageseinrichtung stellv. Protokollführerin |
|---|---|

Gäste:

| | |
|-----------------------------------|---|
| Jan Kaltofen Martina Grummisch | Geschäftsführer Jobcenter Halle (Saale) Bereichsleiterin Jobcenter Halle (Saale) |
|-----------------------------------|---|

Entschuldigt fehlten:

| | |
|---|--|
| Katharina Brederlow... Andreas Schachtschneider Thomas Schied | Beigeordnete für Bildung und Soziales CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) |
|---|--|

Bernward Rothe
Dennis Helmich
Dr. phil. Jeannette Drygalla
Annette Wunderlich

SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen
Sachkundige Einwohnerin
Sachkundige Einwohnerin

zu Einwohnerfragestunde

Es wurden keine Einwohnerfragen gestellt.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Haupt eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Haupt bat darum, den Tagesordnungspunkt

- 4.2. 1. Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes „Soziale Stadt“ Silberhöhe 2030
Vorlage: VI/2017/03193

als erste Beschlussvorlage zu behandeln, da Herr Stäglin vertretungsweise für Frau Brederlow ebenso im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten anwesend sein muss. Dem konnten die Ausschussmitglieder einstimmig zustimmen.

Des Weiteren bat **Frau Schaarschmidt** um Vertagung des Tagesordnungspunktes

- 5.2. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beteiligung am Projekt
Integrationslotsen
Vorlage: VI/2017/03294

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Frau Haupt** bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 14.09.17
4. Beschlussvorlagen
Behandlung TOP 4.2

- 4.1. Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2018 sowie den Beteiligungsbericht 2016
Vorlage: VI/2017/03365

- 4.2. 1. Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes „Soziale Stadt“ Silberhöhe 2030
Vorlage: VI/2017/03193

- 5. Anträge von Fraktionen und Stadträten

- 5.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Maßnahmen gegen Folgen von Kinderarmut
Vorlage: VI/2017/03055

- 5.2. *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beteiligung am Projekt Integrationslotsen*
Vorlage: VI/2017/03294 vertagt

- 6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

- 7. Mitteilungen

- 7.1. Arbeitsmarktbericht des Jobcenters

- 7.2. Information zur Prüfung Fehlbuchungen SGB II

- 7.3. Information zu den Änderungen im Unterhaltsvorschussgesetz

- 7.4. Ausländerbeiratswahl 2017

- 8. Beantwortung von mündlichen Anfragen

- 9. Anregungen

- 9.1. Themenspeicher

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 14.09.17

Frau Haupt bat um Vertagung der Niederschrift vom 14.09.2017 auf die nächste Sitzung.

zu 4 Beschlussvorlagen

zu 4.2 1. Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes „Soziale Stadt“ Silberhöhe 2030 Vorlage: VI/2017/03193

Herr Stäglin führte anhand einer Präsentation in die Beschlussvorlage ein und begründete diese ausführlich. Hierzu ging er näher ein auf folgende Bereiche ein: Beschlusslage zur Stadtteilentwicklung, Handlungsschwerpunkte, Abgrenzung des Fördergebietes, Beteiligung

der Öffentlichkeit, die Silberhöhe in Zahlen, Potentiale und Herausforderungen, Handlungskonzept „Soziale Stadt“ Silberhöhe 2030 und Maßnahmenkatalog.

Anmerkung: Die Präsentation ist im Session eingestellt.

Frau Haupt unterstützte die Aussagen von Herrn Stäglin zur 1. Fortschreibung des integrierten Handlungskonzeptes „Soziale Stadt“ Silberhöhe 2030. Die Analyse des Programms sollte als Grundlage dienen. Sie selbst setzt sich seit Jahren für diesen Stadtteil ein. Es gibt dort sehr viele Familien, die in schwierigen Verhältnissen leben. So wäre unter anderem aus diesem Grund eine Ausstattung mit mehr Spielplätzen wünschenswert.

Die Ausreichung von finanziellen Mitteln hängt auch von der Antragsstellung von Städtebaufördermitteln für das folgende Programmjahr ab, teilte **Herr Stäglin** mit.

Herr Bönisch wollte wissen was es bedeutet, den Osten der Silberhöhe aus dem Rahmen herauszunehmen.

Es gibt weiterhin die Stadtumbauförderung; wenn in dem Bereich Maßnahmen gewünscht sind, ist dies eine Fördermöglichkeit, sagte **Herr Stäglin**.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Frau Haupt** bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis SKE: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis SR: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt, die Fördermaßnahme „Soziale Stadt“ Silberhöhe fortzusetzen.
2. Der Stadtrat beschließt das Fördergebiet entsprechend der Übersichtskarte (Anlage 1)
3. Der Stadtrat beschließt die 1. Fortschreibung des Integrierten Handlungskonzeptes „Soziale Stadt“ Silberhöhe 2030 (Anlage 2) in der vorliegenden Fassung als Handlungsrahmen für die Fortsetzung der Fördermaßnahme „Soziale Stadt“ Silberhöhe.
4. Die Umsetzung der Einzelmaßnahmen soll in Abhängigkeit von der Verfügbarkeit der zur Finanzierung notwendigen Fördermittel in den einzelnen Programm- und Haushaltsjahren erfolgen.

zu 4.1 Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2018 sowie den Beteiligungsbericht 2016
Vorlage: VI/2017/03365

Anmerkung: Die Präsentationen sind im Session eingestellt.

Frau Haupt informierte, dass Bögen ausgereicht werden, falls Fragen nicht beantwortet werden können. Diese werden von der Verwaltung angenommen und die zuständige Stelle zur Beantwortung weitergeleitet. Es wäre vorteilhaft, wenn diese Fragebögen bis zum 27.10.2017 eingehen würden.

Zu den Fragebögen ergänzte **Herr Stäglin**, dass alle Fragen mit den Antworten zu einer Datei zusammengefasst werden. Diese wird dann zur Haushaltsvorlage zur Verfügung gestellt. Weiter sagte er, dass im letzten Stadtrat die Präsentation zur Haushaltseinbringung im Session eingestellt sind. Laut Vorlage liegt ein ausgeglichener Haushalt vor; eine vorläufige Haushaltsbewirtschaftung sollte umgangen werden. Somit sollten bei Änderungsanträgen die Deckungsvorschläge nicht vergessen werden.

Frau Winter und **Herr Baus** führten in den Teilhaushaltsplan des Fachbereiches Soziales ein und gaben einen Überblick an über folgendes: Ergebnishaushalt Gesamtaufwand 2017/2018, Pflegeleistungen unterhalb des Pflegegrades 1, Aufwendungen für Kosten der Unterkunft, Leistungsbeteiligung Bund und Land an den Kosten der Unterkunft, Abrechnungsverfahren nach Asylbewerberleistungsgesetz und Aufwandsentwicklung in verschiedenen Leistungskomplexen.

Herr Dr. Wöllenweber bezog sich auf die Einschätzung der Pflegestufen in die neuen Gruppen. Er wollte wissen wie weit dieses bereits umgesetzt ist.

Die Begutachtungen werden momentan noch vollzogen und es gibt erste Rückläufe, wo Personen keinen Pflegegrad mehr erhalten haben und hierzu liegen Widersprüche vor, teilte **Frau Winter** mit.

Herr Senius erkundigte sich zum Familiennachzug; dass sich das Verfahren schlecht prognostizieren lässt konnte er allerdings nachvollziehen, aber eine Abbildung im Haushalt ist dennoch erforderlich. Hierzu bat er um kurze Stellungnahme. Dazu meinte Herr Baus, dass die Unterbringung von Nachzüglern in der Hand des Fachbereiches Soziales liegt. Die Auslastung der Wohnzentren liegt aktuell bei 71 %, welche auch haushalterisch eingeplant ist.

Des Weiteren stellte er fest, dass in der monetären Darstellung die gleichen SGB II-Aufwendungen für die Jahre 2017 und 2018 geplant sind. Er fragte, ob die Verwaltung von der gleichen Anzahl an Leistungsempfängern ausgeht. Die Planung erfolgte in Absprache mit dem Jobcenter, entgegnete **Frau Winter**. Im SGB II gibt es einen gegenläufigen Trend bei Arbeitnehmern, aber ist in etwa gleichbleibend bei Ausländern. Aus diesem Grund wurde mit den gleichen Zahlen geplant.

Zum gezeigten Diagramm wollte **Herr Senius** wissen, ob man bei dem großen Anteil für Leistungen nach SGB II vom Netto- oder Bruttoanteil ausgegangen ist, also ohne Abzug der Erstattung des Bundes oder mit Abzug der Erstattung des Bundes. Darauf erklärte Frau Winter, dass es sich um die tatsächlichen Aufwendungen ohne Gegenrechnung von Einnahmen handelt.

Frau Dr. Schöps bat um Auskunft zum geplanten Defizit von ca. 100.000 EUR Fördermitteln. Die Antragslage sieht so aus, dass die Antragssummen im pflichtigen und freiwilligen Bereich bisher höher liegen als im Vorjahr, erklärte **Frau Winter**.

Weiter fragte **Frau Dr. Schöps**, ob für die höheren Summen nachvollziehbare Gründe vorliegen und ob es einen Spielraum im Haushalt gibt, die Fördersummen zu erhöhen. Auf die erste Frage teilte **Frau Winter** mit, dass Personal- und Sachkostenerhöhungen als Gründe bestehen. Zur letzten Frage entgegnete **Herr Baus**, dass es keinen haushalterischen Spielraum gibt.

Herr van Rissenbeck ging anhand einer Präsentation auf die Haushaltsplanung des Eigenbetriebes für Arbeitsförderung ein. Er bezog sich hierbei auf die Ausgangssituation im Juli 2017, die Mittelfristplanung 2018 bis 2020, die Maßnahmeplätze im Eigenbetrieb und Förderprogrammen.

Fragen zu diesem Haushaltsbereich wurden nicht gestellt.

Frau Dr. Gröger informierte über die Haushaltsplanung für den Fachbereich Gesundheit. Dabei gab sie Auskunft über folgende Themen: neue Strukturübersicht des Fachbereiches, Anteil des Fachbereiches an den Gesamtaufwendungen der Stadt Halle (Saale) und des Geschäftsbereiches Bildung und Soziales, Erträge, Aufwendungen und Darstellung des Zuschussbudgets.

Frau Dr. Brock wollte wissen, warum es im Jahr 2016 keinen Betriebsarzt gab. Es gab einen Betriebsarzt, dieser wurde nur auf einer anderen Stelle bewirtschaftet, sagte Frau Dr. Gröger. Der Betriebsärztliche Dienst wurde dem FB Gesundheit erst mit der neuen Organisationverfügung des OB am 01.06.2016 zugeordnet. Vorher wurde diese Produkt vom OB-Bereich beplant und bewirtschaftet.

Herr Senius wollte wissen, ob sich der erhöhte Zuschussbedarf für das Jahr 2018 auf Tarifierhöhungen zurückzuführen ist. Dies konnte Frau Thränhardt bestätigen, hinzukommen ebenso Dolmetscherkosten.

Frau Dr. Schöps teilte mit, dass sie bereits eine schriftliche Frage zum Haushalt eingereicht hat. Dabei handelt es sich um Folgende: Ist in den Personalkosten des Fachbereiches Gesundheit oder an anderer Stelle im Haushaltsplan 2018 sowie entsprechend im Stellenplan ab 2018 die Personalstelle einer "Drogenbeauftragten", bzw. einer Psychiatrie- und Drogenpräventionskoordinatorin eingeplant? Wenn nicht, warum nicht?

Die Stelle einer Drogenbeauftragten ist nicht geplant, sagte **Frau Dr. Gröger**. Die Verwaltung hatte sich zur Erstellung eines Konzeptes darauf verständigt, dem Saalekreis zu folgen und sich an den Psychiatriebericht zu orientieren. Die Verwaltung der Stadt Halle wird –wie im Psychiatriebericht bereits erwähnt - die Stelle der Psychiatriekoordinatorin in eine Stelle „Psychiatrie- und Suchtkoordinatorin“ umwandeln. Dies geschieht nach altersbedingtem Ausscheiden der momentanen Stelleninhaberin.

Momentan ist die Stelleninhaberin noch im Dienst und hat noch nicht mitgeteilt, wann sie diesen beenden wird. Voraussichtlich ist dies im Jahr 2018 zu erwarten.

Weiter führte **Frau Dr. Gröger** aus, dass derzeit intensive Gespräche mit einem Träger zum Thema Suchtpräventionsfachkraft stattfinden. Finanzielle Mittel sind bereits seit Jahren im Haushalt eingeplant, allerdings würde sich die Position durch Tarifierhöhungen verändern. Der Träger wird ein Konzept erstellen und bis zum Ende des Jahres einen Förderantrag beim Land stellen.

Frau Dr. Schöps wollte weiter wissen, ob die unbesetzte Stelle des Psychiaters nicht als Deckungsvorschlag genutzt werden könnte. Dies ist nicht möglich, da die Stelle wiederbesetzt werden soll.

Herr Dr. Ali erkundigte sich, ob aktuell noch Dolmetscher eingesetzt werden und welche Voraussetzungen diese mitbringen müssen, um für die Verwaltung tätig zu sein. Dies wurde durch **Frau Dr. Gröger** bestätigt; Dolmetscher bzw. Sprachmittler sind beispielsweise bei Einschulungsuntersuchungen oder auch im Rahmen von Eingliederungsbegutachtungen bei Kindern erforderlich. Bei Reisefähigkeitsgutachten oder amtsärztliche Begutachtung zum Gesundheitszustand von Asylsuchenden, dann muss dies in der Regel gerichtsverwertbar und -belastbar sein. Dafür sind vereidigte Dolmetscher eingesetzt.

Zu den veränderten Zahlen im Bereich Hygiene bat **Frau Seidel-Jähnig** um kurze Stellungnahme. Die Veränderungen ergeben sich aus den Personalkosten, erklärte **Frau Dr.**

Gröger. Die Koordinatorin für umweltbezogenen Gesundheitsschutz war bis März 2017 im Hygienebereich angesiedelt und wird 2018 dem Produkt-Betreuungsbehörde zugeordnet.

Frau Wildner informierte über den Bereich der Gleichstellung, wobei es keine wesentlichen Veränderungen in der Haushaltsplanung gegeben hat. Die erhöhten Aufwendungen um 5.000 EUR bei den Transferaufwendungen ergeben sich aus der Umsetzung eines Teiles der beschlossenen Projekte der freien Träger aus dem 2. Gleichstellungsaktionsplan.

Frau Dr. Brock wollte wissen, ob sich die Ansätze nicht auch im Hinblick auf tarifliche Anpassungen verändert haben müssten. Dies ist im Gleichstellungsbereich nicht passiert, sagte Frau Wildner. Die sozialen Träger fordern dies aber auch nicht vehement ein. Eine Anpassung im Haushalt für mehr finanzielle Mittel bedarf einer klaren und deutlichen Darstellung der Notwendigkeit.

Folgende Frage stellte **Frau Dr. Schöps**: Wurde das in beigelegtem Brief dargestellte Anliegen des Dornrosa e.V. im vorgeschlagenen Fördermittelvolumen in den Transferaufwendungen im Ansatz 2018 bereits berücksichtigt? Falls nicht, welche zusätzliche Summe wäre erforderlich, um diesem nachvollziehbaren Anliegen einer tariflichen Anpassung der Lohnkosten bei ebenso jährlich steigenden Sach- und Projektkosten zu entsprechen?

Dies ist in keinem Fall berücksichtigt worden, sagte **Frau Wildner**. Die Antragsteller beantragen in dem Sinne jedes Jahr eine auskömmliche Finanzierung. Die Haushaltsplanung zur Zeit der Antragseinreichung war verwaltungsintern bereits stark fortgeschritten, eine nachträgliche Aufnahme somit schwer möglich. Die Darstellung der Größenordnung wird schriftlich nachgereicht.

Herr Senius wollte wissen, wann die externen Bedarfsträger aufgefordert wurden, ihre Bedarfe zu melden und ob diese vollständig in den Haushalt eingegangen sind. Er hätte gerne eine Übersicht über die geltend gemachten und nicht befriedigten Anträge. Darauf erklärte Frau Schaarschmidt, dass es bei diesem Ausschuss die Förderrichtlinie betrifft und es eindeutig geregelt ist, wann welcher Antrag bis wann und in welcher Form abgegeben werden muss.

Zusätzlich informierte **Herr Baus**, dass für den Fachbereich Soziales sowohl im freiwilligen und als auch im pflichtigen Bereich 100.000 EUR angemeldet wurden. Die Verwaltung gibt zudem in der Vorlage auch an, welche Mittel angemeldet und dann tatsächlich eingeplant wurden.

Frau Haupt wies darauf hin, dass die Summe im Vorjahr bereits erhöht wurde. Des Weiteren muss man prüfen, ob alle Anträge den Förderrichtlinien entsprechen; dies sollte dem Ausschuss zur Kenntnis gegeben werden.

Im letzten Jahr wurde explizit die Erhöhung der Personalmittel mit einem bestimmten Prozentsatz festgelegt und dem wurde entsprochen, erklärte **Frau Schaarschmidt**.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und die erste Lesung zum Haushalt wurde beendet.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2018 mit dem Haushaltsplan 2018.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2016 zur Kenntnis.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Maßnahmen gegen Folgen von Kinderarmut Vorlage: VI/2017/03055

Anmerkung: Eine Präsentation ist im Session hinterlegt.

Frau Haupt wies darauf hin, dass die Fraktion den Antrag in der Begründung und im Beschlussvorschlag geändert hat.

Frau Dr. Brock führte in den geänderten Antrag ein und begründete diesen.

Verwaltungsintern waren in den letzten Wochen intensive Beratungen dazu notwendig, teilte **Frau Schaarschmidt** mit. Es erfolgt zunächst eine mündliche Antwort, da es eine intensivere Analyse bedarf als die, die bisher möglich war.

Frau Dr. Gröger führte in die Thematik ein und stellte die verschiedenen Angebote wie das Screeningverfahren im Elisabethkrankenhaus, das Familiencoaching und die Entwicklungsgespräche in der Kita der Stadt Halle vor.

Herr Kraft erläuterte die Zusammenarbeit mit den Familienpaten. Die Familienpaten bieten beim Begrüßungsbesuch weitere Unterstützung und einen Hausbesuch an.

Frau Eggert-Mauer ging auf die Punkte Kindgerechte Ernährung, Entwicklung und Gesundheitsförderung ein. Die Maßnahmen erfolgen umfassend und qualitativ gut.

Frau Dr. Brock sagte, dass die bisherigen Leistungen sehr zufriedenstellend erfüllt werden, man mit dem Antrag das Angebot jedoch erweitern möchte.

Frau Dr. Gröger gab den Hinweis, dass im Rahmen der Einschulungsuntersuchung ein Gespräch mit den Eltern stattfindet, in dem bestimmte Defizite aufgezeigt werden und Probleme mit Hilfestellungen angesprochen werden. Jedes Kind wird vorgeladen und bei Bedarf wird dies durch das Ordnungsamt begleitet.

Herr Senius fragte zur Neugeborenenbegrüßung, wie die Verwaltung die derzeitige Situation der Inanspruchnahme bewertet. Der Antrag zielt auf eine Verbesserung der bisherigen Leistungen ab. Wie bewertet die Stadtverwaltung den Zustand wenn durch die Umstellung des Verfahrens, die Inanspruchnahmen steigen

Frau Seidel-Jähnig sagte, dass es viele Angebote gibt, die jedoch nicht gebündelt sind. Die Angebote sind unübersichtlich. Sie sagte, dass es mal eine Seite gab auf der alle Angebote zu diesem Thema gesammelt aufgelistet waren und fragte, ob diese noch existiert? Handelt es sich im Krankenhaus um eine Psychologin mit einer Vollzeitstelle?

Frau Seidel-Jähnig gab den Hinweis, dass es ein Unterschied ist, wenn eine Kita selber schauen muss oder wenn diese eine übergreifende Organisation übernimmt. Sie sprach sich

positiv für eine längere Diskussion dieses Themas aus.

Herr Bönisch stellte einen Geschäftsordnungsantrag auf Vertagung mit dem Grund, dass keine Stellungnahme der Verwaltung vorliegt und die dringend benötigt wird.

Frau Dr. Brock äußerte sich negativ dazu, dass die Verwaltung es, in den vergangenen 15 Wochen seit der Antrag eingebracht wurde, nicht geschafft hat eine Stellungnahme zu verfassen.

Abstimmungsergebnis GO Antrag:

einstimmig zugestimmt

Frau Dr. Brock ist überrascht, dass die Verwaltung sich so vehement gegen drei zusätzliche Stellen mehr. Der Antrag soll keine Kritik an der bisherigen Arbeit sein. Frau Dr. Brock schilderte aus Ihrer Arbeit mit ErzieherInnen, dass sie oft gesagt bekommt, dass die Zeit oft fehlt und eigentlich noch viel mehr gemacht werden könnte

Frau Schubert sprach sich unterstützend für den Antrag aus. Familien, die bisher nicht erreicht werden, müssen erreicht werden.

Frau Schaarschmidt sagte, dass wenn das gesamte System umgestellt werden muss und viel komplexer aufgebaut werden müsse, hierfür bedarf es einer weitreichenden Reflexion zur Frage,, wie weit und was sich verändern soll.

Abstimmungsergebnis:

vertagt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mit dem Haushaltsentwurf 2018 drei zusätzliche Vollzeitstellen und entsprechende Sachmittel im Fachbereich Gesundheit bereitzustellen, um folgende zusätzliche Aufgaben (jeweils eine VzS) ab dem kommenden Haushaltsjahr zu erbringen:

1. Neuausrichtung des Angebotes „Neugeborenenbegrüßung“
 - ~~Umstellung/ Ausbau dieses~~ **Das** niedrigschwelligen Beratungsangebotes für Neu-Eltern **wird** zu einem Besuchsservice **umgestellt bzw. ausgebaut.**
 - ~~d~~ **Der** Begrüßungsbesuch ist ein freiwilliges und kostenloses Angebot, bei dem eine Mitarbeiter*in des „Teams Begrüßungsbesuche“ zu den Familien nach Hause kommt. ~~—e~~ **Er** dient der Information und Beratung der Eltern zu all ihren Fragen in Bezug auf ihre neue Situation des Elternseins.
 - **Den Neu-Eltern wird ein Terminvorschlag für einen Hausbesuch unterbreitet. Dieser kann von den Eltern angenommen oder abgelehnt werden, bzw. wird auf Wunsch ein alternativer Termin vereinbart.**
 - ~~d~~ **Das** Team der Begrüßungsbesuche ist sozialräumlich vernetzt und kennt relevante Angebote im Stadtraum, wie Stillberatung, Krabbelgruppen oder Babyschwimmen **und kann auf Hebammenbetreuung im ersten Lebensjahr hinweisen.**
2. Familiencoaching in Zusammenarbeit mit dem EB Kita und als Angebot für **andere freie** Träger von Kindertageseinrichtungen
 - Koordination und Organisation von Angeboten in Kindertageseinrichtungen in den Themenbereichen kindgerechte Entwicklung, Ernährung und Gesundheitsförderung; **Dieses Angebot hat unterstützenden Charakter, weil es den Kitas Angebote für die Eltern macht, die sie nicht selbst organisieren müssen.**
3. Elternberatung an der Schnittstelle **Kita - Schule**

- Information und Beratung der Eltern zu Veränderungen und Herausforderungen in Bezug auf den Schulbeginn im Zusammenhang mit den Vorschuluntersuchungen der Kinder.
- Erarbeitung und Ausreichung von Übersichten zu bestehenden Unterstützungsangeboten, beispielsweise:
 - zu gesunder Ernährung,
 - zu kostenlosen und kostenpflichtigen Angeboten für Kinder in den Bereichen Sport, Kultur, Soziales und
 - zu Angeboten der Familienberatungsstellen.

Nach zwei Jahren werden die Maßnahmen und deren Umsetzung evaluiert und der Stadtrat über die Ergebnisse informiert.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Schriftliche Anfragen von Stadträten und Fraktionen lagen nicht vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Arbeitsmarktbericht des Jobcenters

Anmerkung: Die Mitteilung ist schriftlich im Session hinterlegt

Herr Kaltofen führte in die Thematik ein.

Frau Grummisch ging näher auf das Thema Bildung und Teilhabe ein.

Herr Dr. Wöllenweber sagte, dass man bei der alten Verfahrensweise mehr Feinheiten herauslesen konnte.

Herr Kaltofen sagte, dass die alte Statistik den Nachteil hatte, es war eine Handstatistik aufgrund von Aufschreibungen von Mitarbeitern. Ein Vergleich innerhalb des Bundeslandes war nie möglich. Die Daten sind vollständig valide und die Statistik beruht auf dem Finanzsystem über, dass die Zahlungen vorgenommen werden. Ein Nachteil ist, dass die vorliegenden Unterlagen Stand Mai ist, aufgrund einer Wartezeit von drei Monaten.

Herr Dr. Wöllenweber sagte, dass im alten Handling Daten spezifischer auf Halle dargestellt waren.

Herr Kaltofen fragte, was konkret vermisst wird, denn dies kann dann noch erarbeitet werden.

Herr Dr. Wöllenweber sagte, dass er mit den Unterlagen so zufrieden ist.

zu 7.2 Information zur Prüfung Fehlbuchungen SGB II

Herr Baus sagte, dass aus der Presse ein Fall aus Hamburg öffentlich wurde, bei dem Kosten der Unterkunft durch den Bund nicht übernommen wurden aufgrund von Verbuchungsfehlern. Die Verwaltung hat aus diesem Grund eine Verbuchungsfehleranalyse im Jobcenter in Auftrag gegeben. Rödel und Partner hat den Auftrag erhalten und als Ergebnis kam ein Betrag von Null Komma null Prozent, gemessen am Aufwand KdU, also verschwindend gering. Der genaue Betrag wird nach Abschluss mitgeteilt.

zu 7.3 Information zu den Änderungen im Unterhaltsvorschussgesetz

Anmerkung: Eine Präsentation ist im Session hinterlegt.

Frau Mederake stellte die Änderungen des Unterhaltsvorschussgesetzes vor.

Herr Bönisch fragte, wann die ersten Bescheide erstellt werden.

Frau Mederake antwortete, dass die ersten Bewilligungen bereits erfolgen.

zu 7.4 Ausländerbeiratswahl 2017

Herr Weigand erklärte, dass die Wahltage für die Ausländerbeiratswahl der 22.11.2017 und der 29.11.2017 sein werden. An diesen Tagen zwischen 08:00 Uhr und 18:00 Uhr am Marktplatz 1 und am Stadion 6 gewählt werden. wahlberechtigt sind alle Personen, die die ausländische Staatsbürgerschaft haben und am Wahltag das 16 Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens 6 Monaten in der Stadt Halle wohnhaft sind. Auf Antrag können auch eingebürgerte Personen und Personen, die neben der ausländischen auch die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen wählen. Es sind 15800 wahlberechtigt und auf Antrag könnten noch 3150 Personen hinzukommen. Bis zum 28.10.2017 werden die Wahlbenachrichtigungen an alle Wahlberechtigten verschickt. Bis zum 19.10.2017 18 Uhr können Wahlvorschläge eingereicht werden. Die Wahlbenachrichtigung erhält die gesetzlichen Vorgaben und ein allgemeines Informationsblatt, welches in fünf Sprachen, Englisch, Französisch, Arabisch, Vietnamesisch und Russisch übersetzt wurde. Am 04.12.2017 erfolgt die Sitzung zur Feststellung des Wahlergebnisses.

Herr Dr. Ali sagte, dass am 23.11.2017 ein Wahlforum geplant ist. Es wird überall Werbung gemacht für die Ausländerbeiratswahl.

Herr Bönisch fragte, ob die Bürokratie der per Antrag Wahlberechtigten vereinfacht werden kann.

Herr Weigand, sagte, dass sich das Wahlrecht auf die Wahlordnung des Ausländerbeirates stützt und dort ist dies festgehalten.

Eine Änderung der Wahlordnung wäre nur durch den Stadtrat möglich.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Es lagen keine mündlichen Anfragen vor.

zu 9 Anregungen

Es gab keine Anregungen.

zu 9.1 Themenspeicher

Anmerkung: Der Themenspeicher ist im Session hinterlegt.

Frau Haupt beendete den öffentlichen Teil der Sitzung.

Ute Haupt
Ausschussvorsitzende

Jenny Falke
stellv. Protokollführerin